

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

47. Sitzung  
am Donnerstag, dem 23. Oktober 1997,  
im Sitzungszimmer des Landtages (Konferenzsaal)

**Anwesende Abgeordnete**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Uwe Döring (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung

des Abg. Astrup

Günter Neugebauer (SPD)

Jost de Jager (CDU)

in Vertretung

des Abg. Stritzl

Eva Peters (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete****Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Landeshaushaltsrechnung 1994 und Vermögensübersicht 1994</b> und <b>Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Haushaltsrechnung 1994</b>	<b>5</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1156 - Verfahrensfragen -	
<b>2.</b>	<b>Haushaltsrechnung 1995 und Vermögensübersicht 1995</b> Bericht des Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 14/372 und <b>Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1995</b> <b>Ministerium für Finanzen und Energie</b>	<b>6</b>
<b>13.</b>	<b>Entgelte für die Nutzung landeseigener und angemieteter Einstellplätze für Kraftfahrzeuge</b> hierzu: Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1155	
<b>22.</b>	<b>Baumaßnahmen in den Universitätsklinika</b>	
<b>23.</b>	<b>Beschaffungswesen in Klinikum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</b>	
<b>24.</b>	<b>Nebentätigkeiten ärztlicher Direktoren in ausgewählten Abteilungen und Instituten des Klinikums der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</b> Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 14/1132 <b>Maßnahmen des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur</b>	
	<b>Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten</b>	
<b>28.</b>	<b>Abfallwirtschaftsprogramm</b> Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 14/1153	
<b>3.</b>	<b>Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO</b> Vorlage des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Umdruck 14/1142	<b>9</b>
<b>4.</b>	<b>Veräußerung der landeseigenen Gaststätte "Forsthaus Ukleisee"</b> Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1216 hierzu: Schreiben von Rechtsanwalt Scheel Umdruck 14/1143	<b>11</b>
<b>5.</b>	<b>Kosten- und Leistungsrechnung in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung</b> Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie Umdrucke 14/13, 14/168 (mit Anlage "Grundlagenpapier")	<b>12</b>
<b>6.</b>	<b>Experimentierklausel des § 10 a LHO - Pilotvorhaben im Landesarchiv Schleswig-Holstein zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung</b>	<b>13</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1181	
<b>7.</b>	<b>Veräußerung des landeseigenen Grundstückes Gemarkung Kreuzfeld, Flur 1, Flurstück 19</b>	<b>14</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1188	
<b>8.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>15</b>
<b>9.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>16</b>

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Landeshaushaltsrechnung 1994 und Vermögensübersicht 1994**

und

**Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Haushaltsrechnung 1994**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1156

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und überweist die Vorlage zur weiteren Beratung und zur Vorbereitung der Beschlußfassung an die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung".

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Haushaltsrechnung 1995 und Vermögensübersicht 1995** Bericht des  
Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 14/372 und **Bemerkungen**  
**1997 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur**  
**Landeshaushaltsrechnung 1995**

Vorlage

**Ministerium für Finanzen und Energie**

**13.**

**Entgelte**  
hierzu: V

ORR Jessen antwortet auf die Frage der Abg. Heinold, daß die Landesbauämter unmittelbar nach der Sitzung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" angeschrieben und um die Erstellung und Übermittlung einer Liste über die Entwicklung der Stellflächen seit 1988 gebeten worden seien; diese Liste sei für Anfang November zugesagt worden. Auf eine Frage von P. Dr. Korthals antwortet er, daß dann auch über das weitere Verfahren zu entscheiden sein werde.

Abg. Döring spricht das Grundsatzthema "Übertragung von Landesliegenschaften" an und erkundigt sich nach der inhaltlichen Ausgestaltung des Deals. Da die Nutzungsentgelte nicht dem Land, sondern dem künftigen Eigentümer zustehen würden, erhebe sich in diesem Zusammenhang die Frage, in wessen Zuständigkeit die Gestaltung der Nutzungsentgelte fallen werde, da in die Entgeltstruktur doch mit Sicherheit soziale Komponenten eingearbeitet werden müßten und sicherlich auch die Lage der einzelnen Grundstücke eine Rolle spielen werde. ORR Jessen merkt an, daß die inhaltlichen Fragen im Rahmen der Übertragung der Landesliegenschaften noch nicht endgültig abgesprochen seien.

Abg. Döring stellt heraus, daß unter dem Aspekt der Finanzpolitik eine völlig neue Situation entstanden sei: Bei den ursprünglichen Überlegungen habe eine Verbesserung der Einnahmesituation des Landes eine Rolle gespielt, nunmehr aber kämen mehr Ausgaben auf das Land dadurch zu, daß Stellplätze entweder kostenfrei oder subventioniert zur Verfügung gestellt würden.

Der Vorsitzende hält eine Klärung der von Abg. Döring angesprochenen Problematik noch vor der Grundsatzentscheidung über die Veräußerung der Landesliegenschaften für unabdingbar, damit nicht zu einem späteren Zeitpunkt neue Probleme auftauchen, die zu Verwerfungen führen.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und kommt überein, das Thema nach Vorliegen der von ORR Jessen angekündigten Liste Anfang November zu vertiefen.

### **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

22.

**Baumaß**

23.

**Beschaf**

24.

**Nebentä**

Vorlage

### **Maßnahmen des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Der Vorsitzende empfiehlt, die Behandlung der Thematik bis zur Rückkehr von St Dr. Swatek aus dem Urlaub zurückzustellen. - Der Ausschuß folgt dieser Empfehlung.

### **Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten**

28.

**Abfallw.**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und ForstenUmdruck  
14/1153

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und überweist die Vorlage zur weiteren Beratung und zur Vorbereitung der Beschlußfassung an die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung".

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO** Vorlage des  
Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Umdruck  
14/1142  
hierzu: Umdruck 14/1203

Abg. Heinold erklärt, daß unter dem Begriff "Controlling" nach ihrer Vorstellung etwas anderes zu verstehen sei als die Soll/Ist-Gegenüberstellung mit der Ausweisung der Differenz.

St Dr. Lohmann stellt heraus, daß eine massive Änderung der finanziellen Rahmenbedingungen eine Herausforderung für alle Ressorts und alle Dienststellen bedeute, entsprechend tätig zu werden.

Abg. Döring nimmt bezug auf die Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie, Umdruck 14/1203, in der der Unterschied zwischen der Bildung von Ausgaberesten und der Zuführung zu Rücklagen erläutert werde, und möchte wissen, ob globale Minderausgaben künftig im Rahmen der Budgetierung ausgeschlossen seien. Abg. Peters greift eine weitere Bemerkung des Abg. Döring auf und stellt heraus, daß es sich bei den "Rücklagen" keinesfalls um echte Rücklagen handele. Sie wirft die Frage auf, ob es sinnvoll sei, "Rücklagen" zu bilden, die aus Krediten im weitesten Sinne gespeist werden. P Dr. Korthals stellt heraus, daß zum Begriff der Budgetierung weder globale Minderausgaben noch Haushaltssperren paßten.

MDgt Rohs führt aus, daß in einem richtigen Budget globale Minderausgaben nichts zu suchen hätten. Anders verhalte es sich mit Haushaltssperren: Wenn im Verlauf eines Haushaltsjahres Einnahmen "wegbrechen", sei eine Reaktion darauf mit dem Instrument der haushaltswirtschaftlichen Sperre nach § 41 LHO als Beteiligung an der Solidargemeinschaft am Einnahmeausfall im Verhandlungswege angebracht. Was das Thema "Rücklagen" betreffe, so sei es zulässig, einen Betrag nicht auszugeben, sondern ihn einer Rücklage zuzuführen, um im nächsten Jahr darauf zurückgreifen zu können.

Abg. Döring merkt zu der Thematik an, daß ein derartiges Vorgehen in jedem Fall mit politischen Zielvorgaben verbunden werden müsse. Er spricht sich für eine Regelung aus, wonach künftig Budgetkürzungen nicht allein von der Landesregierung vorgenommen werden dürfen, sondern vom Parlament bestätigt werden müssen.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU stimmt der Ausschuß der Vorlage Umdruck 14/1142 zu.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Veräußerung der landeseigenen Gaststätte "Forsthaus am Ukleisee"**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 14/1216

hierzu: Schreiben von Rechtsanwalt Scheel

Umdruck 14/1143

Die Abg. Neugebauer und Peters äußern, daß nach dem Schreiben der Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten - Anlage zu Umdruck 14/1216 - kein Anlaß bestehe, den korrekten Verfahrensablauf und die Einhaltung der Vorgaben in Zweifel zu ziehen, wie dies Rechtsanwalt Scheel in seinem Schreiben getan habe.

Abg. Peters hält es vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Landes für angebracht, die Einnahme aus der Veräußerung nicht "für Flächenankäufe zur Neuwaldbildung" zur Verfügung zu stellen, sondern für die Verminderung der Kreditaufnahme im Haushalt 1998 zu verwenden. Abg. Döring hält dagegen, daß das Parlament bereits seit Jahren wegen der Umstrukturierung in der Forstverwaltung in dieser Weise vorgegangen sei.

Abg. Peters erklärt, daß die CDU zwar der Veräußerung, nicht aber der Mittelverwendung zustimme.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU stimmt der Ausschuß der Vorlage einstimmig zu.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Kosten- und Leistungsrechnung in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung**  
Vorlagen des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdrucke 14/13, 14/168 (mit Anlage "Grundlagenpapier")

Der Vorsitzende schlägt vor, die Beratung dieses Themas bis zur Novellierung des Haushaltsgrundsätzegesetzes zurückzustellen. - Der Ausschuß stimmt dem zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Experimentierklausel des § 10 a LHO - Pilotvorhaben im Landesarchiv  
Schleswig-Holstein zur Einführung einer Kosten- und  
Leistungsrechnung**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1181

Ohne Aussprache wird die erbetene Einwilligung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und CDU einstimmig erteilt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Veräußerung des landeseigenen Grundstückes  
Gemarkung Kreuzfeld, Flur 1, Flurstück 19**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1188

Abg. Peters erklärt, auch in diesem Fall stimme die CDU der Veräußerung, nicht aber der Mittelverwendung zu.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU stimmt der Ausschuß der Vorlage einstimmig zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 14/1157 - Prognose des DIW  
Umdruck 14/1178 - Haushaltsvollzug 1997  
Umdruck 14/1179 - Stellungnahme der LEG  
Umdruck 14/1180 - Reduzierung des Subventionsberichts  
Umdruck 14/1202 - Investitionsbankgesetz/Sparkassengesetz  
Umdruck 14/1204 - Übertragung von Förderprogrammen auf die I-Bank  
Umdruck 14/1205 - Beantwortung von Fragen des Abg. Geißler zu Epl. 09

Der Ausschuß nimmt die Vorlagen **Umdrucke 14/1157, 14/1178, 14/1179, 14/1202, 14/1205** zur Kenntnis.

#### **Zu Umdruck 14/1180**

**Mit der vorgeschlagenen Reduzierung des Umfangs des Berichts über die Finanzhilfen im Haushalt des Landes Schleswig-Holstein - Subventionsbericht - erklärt sich der Ausschuß einverstanden.**

#### **Zu Umdruck 14/1204**

**Abg. Neugebauer möchte wissen, in welcher Weise eine Einsparung bei den Personalkosten realisiert werde, und schlägt vor, die Entscheidung über die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.**

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Der Vorsitzende spricht das Schreiben von M Böhrk vom 2. Oktober 1997 an - Umdruck 14/1220 -, in dem gebeten werde, die gemeinsame Sitzung mit dem Bildungsausschuß wegen einer Terminüberschneidung mit der Kultusministerkonferenz zu verlegen, und erklärt, die Vertretung von M Böhrk durch St Köster sei sichergestellt.

b) Der Vorsitzende spricht die Pressemitteilung des Bundestagsabgeordneten Michael von Schmude an - Umdruck 14/1245 - und erkundigt sich danach, ob die darin enthaltenen Informationen zuträfen und welche Maßnahmen ergriffen worden seien, um die Monita abzustellen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Breitkopf  
Geschäfts- und Protokollführer